

| | |
|--|---------------|
| Kammer f. Arbeiter u. Angestellte für Tirol | |
| Eing.: | 10. Nov. 2011 |
| G. Zi. | Blg. |

Maximilianstraße 2
6020 Innsbruck
Tel: 0512 / 57 37 57
Email: fraktion@aab-ak.at

13

Antrag

**an die 159. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol
am 18. November 2011**

Mehr Transparenz durch Offenlegung aller Förderungen in Österreich

Die Verwendung von öffentlichen Geldern sowie die Offenlegung öffentlicher Geldflüsse, die Problematik der Mehrfachförderungen und der mögliche Missbrauch von Steuergeldern zum Vorteil weniger Personen ist ein Themenkomplex, auf den die Menschen ganz besonders sensibel reagieren. Ein Vertrauensverlust in diesem Bereich ist gleichbedeutend mit dem Vertrauensverlust gegenüber der Öffentlichen Hand im Allgemeinen und der Politik im Besonderen.

Der Förderungsbericht 2009 der Bundesregierung wies die Direktförderungen allein des Bundes im Jahr 2008 mit 4,36 Milliarden Euro aus, für das Jahr 2009 4,55 Milliarden Euro und für 2010 waren 5,78 Milliarden Euro veranschlagt. Dazu kamen noch Förderungen der Europäischen Union und der anderen Gebietskörperschaften in beträchtlicher Höhe. Österreich weist bei den direkten öffentlichen Förderungen im internationalen Vergleich ein weit überdurchschnittliches Volumen auf. Im Jahr 2009 sind laut Landwirtschaftsministerium 2.325 Millionen Euro an EU-, Bundes- und Landesmitteln allein für die Land- und Forstwirtschaft aufgewendet worden. Das ist um 5 Prozent oder 111 Millionen Euro mehr als im Jahr 2008. Prüfungen und Untersuchungen deuten immer wieder auf grundlegende institutionelle Defizite in der österreichischen Förderungslandschaft hin, die zu Ineffizienzen führen und Einsparungsmöglichkeiten offenlegen. Wir beziehen uns hierbei unter anderem auf die Ausführungen im Rechnungshofbericht zur Verwaltungsreform (Neuaufgabe 2009).

Unsere Forderung auf Offenlegung umfasst alle Geld- und Sachleistungen, Förderungen, steuerliche Begünstigungen und Ersparnisse unter Einbeziehung der Landes- und Gemeindeleistungen sowie aller aus der öffentlichen Verwaltung ausgegliederten Einheiten. Die Vergabe von geförderten Darlehen und Übernahme von Haftungen stellen aus Sicht der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol ohne Frage Leistungen der öffentlichen Hand dar und sollten daher neben dem Barwert zusätzlich auch mit ihren nominellen Beträgen in der Datenbank zu Analysezwecken aufgenommen werden.

Der Bereich der Sozial- und Transferleistungen ist schon in einem hohen Maße erfasst. Hier bedarf es aber noch einiger Abstimmungen, um die Informationen übersichtlich, einfach und mit wenigen Schritten zugänglich zu machen. Große Informationsdefizite herrschen im Bereich der Wirtschaftsförderungen und darüber hinaus mit einem hohen Maß an Intransparenz im Agrarbereich, was mit Sicherheit

kein Zufall ist. Selbst für Fachleute ist eine Saldierung aller Direktförderungsleistungen dieses Sektors nicht möglich, nicht zu reden von Unterstützungsleistungen im institutionellen Bereich, die nicht als Förderung ausgewiesen, sondern als fachliche Zuständigkeit einer behördlichen Dienstleistung definiert und erbracht werden.

Die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol hält es für dringend notwendig, vorhandene Transparenzdefizite bei öffentlichen Leistungen abzubauen und einen besseren Überblick darüber zu bieten. Das von der Bundesregierung beschlossene Transparenzportal, wird den Erfordernissen nur in Ansätzen gerecht, zumal die Einigung zwischen dem Bund und den Ländern lediglich eine light-Variante darstellt. Ab Mitte 2012 sollen nur die Mindestsicherung und die Forschungsförderung umfasst sein, nach einer Evaluierung sollen weitere Förderungen zwar dazu kommen, jedoch erst Ende 2014 weitere Wirtschaftsförderungen. Transparenz und Offenlegung in dem von uns verstandenen Sinne erreichen wir damit noch Jahre nicht.

Es muss sichergestellt sein, dass in Zukunft Doppel- oder Mehrfachförderungen ausgeschlossen sind. Anonymisierte Auswertungen müssen für alle inhaltlichen Bereiche möglich sein, sodass Ausgaben und Leistungen der öffentlichen Haushalte ersichtlich gemacht werden können, sowohl in der sektoralen als auch regionalen Streuung.

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol fordert daher sowohl die Bundesregierung als auch die Tiroler Landesregierung auf, alle legislativen, technischen und administrativen Maßnahmen zu ergreifen, damit durch Offenlegung aller Förderungen, aller öffentlichen Geld- und Sachleistungen, steuerliche Begünstigungen und Ersparnisse, geförderten Kreditvergaben, Haftungsübernahmen oder sonstigen durch Entscheidungen der öffentlichen Hand erzielten Vorteile, transparent und nachvollziehbar werden.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'E. Müller', with a long horizontal stroke extending to the right.